

gegen seine Gewohnheit nicht sofort losdonnerte, sondern eine volle Woche verteidigte und sich inzwischen eingehend be- riebten lieg. hatte man allgemein die Hoffnung geschöpft, daß er sich in seiner Antwort diesmal maßigen würde. Diese Erwartung war um so mehr begründet, als auch Bundes- langler Seipel, nachdem er schon einmal zum Reden ge- zungen war, mit priesterlicher Milde und Staatsmännischer Mäßigkeit gesprochen hatte. Trotzdem hat aber der Duce wieder mit Klaxonen nach Spanien geschrien: eine Gehe, die immer lauter wirkt, diesmal aber ganz besonders, weil gerade Deiterreich der schwächste aller deutbaren Geuer ist. Man kann sonar sagen, daß Mussolinis Antwort im Ton noch verlegender, in der Sache noch schärfer ausgefallen ist als bei seiner Auseinandersetzung mit Stresemann. Weniger wunden der unerbittlich ausgeprochenen Kriegsdrohuna für den Wiederholungsfall; denn diese politische Waffe ist durch den allzu häufigen Gebrauch schon zu sehr abgekumpft, als daß sie Eindruck machen könnte. Viel eher zu nehmen ist die Antikindanna neuer Bedrohungsmaßnahmen in Südtirol durch die ins Auge gefasste Beteiligung der deutschsprachigen Presse und die Zwangsverlegung der deutschstämmigen Beamten. Das ist brutales Vergehen, das gegenüber jeder menschen- liche Appell hilflos bleibt, und eine schlechte Antwort auf die unantastbaren Argumente Seipels. Aber so sehr wir uns innerlich dagegen auflehnen, die Kinahheit abhietet wieder Zurückhaltung; denn die durcheinand erkochte gemeinte Antikindanna neuer Leiden für Südtirol ist wieder ein Verweis für die bei uns oft mißachtete Warnuna, daß eine Ueber- scheidung der Propaganda für Südtirol den dortigen Deutschen im Enderfalle mehr schadet als nützt. Nachdem wir der Gewaltanwendung, die sich jetzt erst recht die Zwangsitaliani- sierung des „Oberrieth“ in lächerlicher Prist zum Ziel gesetzt hat, nicht gleichzeitiges entgegenstellen können und wollen, bleibt nur die letzte Hoffnung, daß die internationalen Aus- wirkungen dieser unmöglichen Politik den Faschismus doch noch zur Besinnung bringen und daß sie letzten Endes an der Reichsfeier der Deutschen Südtirols selbst scheitern wird. Sicher wird sich Mussolini täuschen, wenn er meint, daß er dieses Volk zu Anzählern gemacht hat, wenn er alles, was deutsch aussieht, mit italienischer Linde überzieht. Es gibt, wie Beispiele lehren, einen deutschen Staturwillen, der allen

äußeren Entschuldigungsmaßnahmen zum Trost sich durch Jahrhunderte erhält. Und auch seinen internationalen Kredit, auf den nicht zuletzt das sachliche Wert für die Dauer angewiesen ist, hat Mussolini mit seiner Rede nicht verbessert, wie das Ohio und den Wändern zeigt, die sich an und für sich für die Südtiroler Frage nicht erwärmen können. Denn bisher war es in allen zivilisierten Staaten üblich, daß feierliche Verpflichtungen, wie he in diesem Falle frühere italie- nische Regierungen und der Bönha selbst im Namen des Volkes gegenüber dem Südtiroler Deutschtum eingegangen sind, in jedem Falle auch für die nachfolgenden Regierungen verbindlich bleiben. Wenn das sachliche Italien heute diese Zusicherungen einfach für ungültig erklärt, so wird diese Gehe den internationalen Kurzwert italienischer Worte und Ver- sprechungen ebenso schwächen, wie feinerzeit die Nicht- anerkennung der arischen Verbündlichkeiten der bolsche- wistischen Regierung in Rußland einen wirtschaftlichen Schlag verleiht hat, von dem sie sich bis heute noch nicht er- holen konnte. Heber allidem aber bleibt als wichtigstes und bedauer- liches Faktum nach der italieischen Antwort die Ver- stärkung der Trennungswand am Brenner, die eine politische Einigung Deutschlands und Italiens über die Südtiroler Deutschen hinweg unmöglich macht. Wie sich das in Genf auswirken wird, steht noch dahin; nur die Tatsache, daß Mussolinis Rede dort auch unter der deutschen Dele- gation stark beunruhigt hat, steht vorläufig fest. Seinesfalls aber darf diese Vermittlung zu so weitgehenden Forderungen in der ungarischen Frage führen, wie es unsere Kritik in ihrem Fasslichkeit möchte. Wenn wir auch kein Interesse daran haben, nachweisbare ungarische Verträge in der Balkanhalbinsel zu verteidigen, so kann doch niemand von Deutschland verlangen, daß es sich aus Antipathie gegen Italien als Artfänger Ungarns vorhängt und damit das Seine dazu beiträgt, um künftige Investitionsmöglichkeiten für Deutschland auf dem Wege über Budapest vorzubereiten. Tie in diesem Falle von der Pariser Presse behauptete, sonst aber nie praktisch befundene Gemeinsamkeit der deutsch-französischen Interessen ist nicht so groß, daß wir uns dadurch in eine politische Linie drängen lassen dürften, die weder den Gefühlen noch den Interessen des deutschen Volkes entspricht.

Der Marineetat ohne Phöbus-Titel angenommen.

Berlin, 5. März. Nach Annahme der ersten Rate für das Budgetjahr in Hauskalkulation wurden auch die Notizen für die übrigen Neubauten, die im Etat vorgezogen sind, genehmigt. Vor der Regierung wurde noch mitgeteilt, daß das kleine Torpedoboot im vorigen Jahre nicht gebaut wurde, so daß diese Forderung zurückgezogen werde. Die See- tran- sportabteilung würde im nächsten Jahre auf 1200 werden, Der Etat wurde sodann angenommen bis auf die Titel, die mit der Phöbus-Angelegenheit in Verbindung stehen. Der Wunsch begann dann nach der Beratung des Kriegsausschusses, die am Dienstag fortgesetzt wird.

Preußisch-thüringischer Erklärenausgleich gefordert.

Weimar, 4. März. Der Gebietsaustausch zwischen Thüringen und Sachsen, der kürzlich erfolgte, hat die Frage eines ähnlichen Austausch mit Preußen wachgerufen. In einer Großen Anfrage wendet sich die sozialdemo- kratische Landtagsfraktion an die Regierung. Sie fragt an, ob man beabsichtigt, die preußischen Erklären Schwalken, Schleusingen, Jiegenrück, Barasfeld, Wandersleben, Großkamdorf, Krieschitz und die preussische Halberklave Erfurt gegen die thüringischen Erklären Sonderhausen und Alstedt aus- zutauschen bzw. entsprechende Verhandlungen mit dem Frei- staat Preußen einzuleiten. Die Anfrage weist darauf hin, daß dem Preussischen Landtage bereits Anträge der Deutschen Volkspartei und des Zentrum mit gleichen Forderungen vorgelegt wurden.

Neue Schlichtungsverhandlungen im Werkzeug- macherstreik.

Berlin, 5. März. Am Donnerstag werden im Berliner Werkzeugmacherstreik neue Einigungsversuche unternommen. Unter dem Vorsitz von drei Unparteiischen der Schlichtungskammer werden je drei Vertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen dem Schlichtungsausschuss angehören. Der etwa gefällte Spruch kann unter Umständen für verbindlich erklärt werden. Infolge der bisher vor- genommenen Stilllegung sind etwa 40 000 Arbeiter und Ar- beiterinnen zum Streik gezwungen worden.

Die Wirtschaftsbeziehungen Deutschland-Afghanistan.

Eine Unterredung mit König Aman Allah. Leipzig, 5. März. Beim Rundgang durch die Technische Messe gewählte König Aman Allah einem Vertreter der „Leipziger Nachrichten“ eine Unterredung, in der er einige Erklärungen über die Wünsche abgab, die ihn auf seinem Besuche der Messe begleiteten. Der König erklärte: Ich hoffe, für die wirtschaftliche Entwicklung meines Landes mehr noch in nahe Anregungen zu empfangen. Ich ge- denke, verschiedene Einkäufe zu machen, damit die Messe auch einen sofort erkennbaren Nutzen von meinem Besuche habe. Kataloge und Preislisten werde ich nach meiner Rückkehr in Berlin ausführlich prüfen und danach meine An- träge erteilen. Ich habe die Hoffnung, mein Land bereits auf der nächsten Leipziger Frühjahrsmesse durch eine afghanische Sonderabteilung vertreten zu sehen. Ich hoffe auch, daß ich in Deutschland für die Erzeugnisse meines Landes ein Markt finden wird. Wichtig erscheint mir vor allem der Ausbau eines direkten Verkehrs von Land zu Land, vom Erzeuger zum Verbraucher.

Keine Verkaufspläne des Kronprinzen.

Berlin, 5. März. Die Vermögensverwaltung des Kron- prinzen Wilhelm teilt zu der von einem Berliner Roman- platt gebrauchte Nachricht, der Kronprinz wolle den größten Teil des Kronlebens Geld verlaufen, an die das Blatt noch eine Reihe weiterer Behauptungen knüpfte, mit: Alle diese Angaben sind frei erfunden und vollkommen irre- führend. Von einem Verkauf von Geld ist nicht die Rede und nie die Rede gewesen. Es ist jetzt lediglich ein Gut von 1900 Morgen auf Infordern des Landbesitzerverbandes an eine gemeinnützige Siedlungs-Gesellschaft verkauft. Wegen des Verkaufes eines zweiten Gutes in Größe von 1600 Morgen an den bisherigen Pächter, um diesem zu helfen, sind Ver- handlungen im Gange. Der Gesamtertrag soll erhalten werden. Es ist unwahr, daß Kaufangebote gemeinnütziger Verbände, vor allem wirtschaftlicher Genossenschaften, abgelehnt oder zum Scheitern gebracht worden sind. In den letzten Jahren sind etwa 4000 Morgen an kleine Siedler und Bauern ver- kauft worden. Die Landwirtschaft wird nicht, wie behauptet, extensiv, sondern sehr intensiv geführt. Es sind erhebliche Mittel für Meliorationen usw. investiert worden. Der Wald wird nach den von den Aufsichtsbehörden genehmigten Be- triebsplänen ordnungsgemäß bewirtschaftet. Ein Staatskredit ist weder beantragt noch steht er in Aussicht.

Kommunistische Anschreitungen in Wien.

Wien, 4. März. Ungefähr 400 Mitglieder des roten Frontkämpfer-Bundes wollten geschlossen durch den 12. Bezirk ziehen. Als sie von der Sicherheitswache aufgefordert wurden, sich anzustellen, griffen sie die Wache mit Stein- wärfen an und Schüsse fällten an; auch ein Schuß soll ge- fallen sein. Die Wache sah sich gezwungen, vom Seitenwehr Gebrauch zu machen, und als Verhärtnungen einwirkten waren, gelang es, die Demonstranten zu zerstreuen. Vier Sachleute erlitten Verletzungen. Einer der Demonstranten wurde durch einen Schuß ins Kopf ver- letzt. Die Wache hat sieben Personen verhaftet. Die Straf- amtshandlung ist eingeleitet.

Verhöhnung des Volkskrawall durch rote Frontkämpfer.

Hamburg, 5. März. Nach Mitteilung des Polizeipräsidenten Altona hat gestern nachmittags in Plunberg ein Trupp roter Frontkämpfer aus Hamburg vertriebene Fahnen, die aus Anlaß des Volkskrawall geüßt waren, heruntergerissen. Es kam zu Auseinandersetzungen mit der Weibern der Grundstücke, wobei die Weibern von den Kom- munisten zum Teil verletzt wurden. Etwa 60 Angehörige des Trupps konnten in Lokstedt festgenommen werden. Neun Mädelführer wurden in Haft behalten und ins Polize- gebäude Altona eingeliefert. Nach Klarstellung des Tat- bestandes werden sie dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden. (S. 1. A.)

Berufspflicht. Anaben und Mädchen werden für Othen aufgenommen.

Prop. F. Radows Handelsakademie, Altmarkt 15. Inh. Dr. Riq. Radow u. Dipl.-Handelst. Dr. phil. Frth Radow. 3

Die Wirtschaftsdebatte im Reichstag.

Gegen margittische Verantwortungslosigkeit.
Berlin, 5. März. Der Reichstag legte heute die zweite Be- ratung des Haushaltsplanes des Reichswirtschaftsministeriums fort. Abg. v. Hammer (D. Vp.) erklärte, er habe von den Sozialdemokraten, die doch wieder in die Regierung einzutreten wollten, ein Wirtschaftsprogramm erwartet. Statt dessen habe er am Sonnabend eine Wahlrede gehört. Die Rede des Abgeordneten Heimlich sei ausgegangen von 60 Jahre alten Ver- treffbestimmungen des Marxismus, die heute keine Berech- tigung mehr haben. Die großen Leistungen führender In- dustriestifter für den Fortschritt des ganzen Volkes würden leider von den deutschen Sozialdemokraten nicht anerkannt. Die Lage der deutschen Unternehmung sei heute gewiß nicht beneidenswert bei dem ungeschätzten Kräfteverlust.

Abg. Koenen (Komm.) meint, das Wirtschaftsministerium sei dem industriellen Schornsteinwerk gegenüber völlig ohn- mächtig. Nach der Rede des Abg. Koenen ruff von der Tribüne eine Frau in den Saal: Wo bleibt das Land- talions-schädensache? Warum nehmen Sie uns jede Möglichkeit, weiterzuleben? Das ist eine Ungerechtigkeits- (Weisheit v. d. Komm. und Duce: „Der Präsident, es ist keine Rollenmaschine da! Es ist ganz ungeschicklich!“) Abg. Weiser (Wirtsh. Vaa.) bedauert, daß in der Regierung die nötige Uebereinstimmung zwischen Wirtschaftsministerium und Arbeitsministerium fehle. So entstehe oft ein unvereinbarer Gegensatz zwischen Wirtschaftlich- und Sozialpolitik. Mit Anleihen sei der Wirtschaft auf die Dauer nicht zu helfen, denn Amerika, das früher von Europa Geld zu 3 Prozent erhielt, berechne jetzt sein Geld mit 8 bis 9 Prozent. Unter der schlechten Finanzlage der Gemeinden habe vor allem der gewerbliche Mittelstand zu leiden, denn er müsse die un- erträglich hohen Realsteuern aufbringen. Bei aller Aner- kennung der Notlage der Landwirtschaft müsse doch gewahrt werden vor einer Subventionsspolitik auf Kosten der steuerlich überlasteten Kreise von Handwerk und Gewerbe. Die Hilfsmaßnahmen müßten sich auch erstrecken auf die von der Not der Landwirtschaft ebenso betroffenen Mittelhandskreise auf dem platten Lande.

Der Industrie drohe hier im Falle einer Krise dieselbe Katastrophe, von der jetzt die Landwirtschaft heimgesucht wird.
Wenn Sie (zu den Soz.) die kaufmännische Ehrlichkeit der Leiter der deutschen Aktiengesellschaften in Zweifel ziehen, dann ist jede Diskussion unmöglich. Die vom Abgeordneten Heimlich angegebenen Zahlen über das Verhältnis der Löhne zum Umsatz bei Siemens sind grundrißlich. Gerade die fünf- undzwanzigjährige Entwicklung der Siemens-Werke zeigt, was die Industrie für die Allgemeinheit leistet. Die Inhaber haben nicht die Gewinne aus dem Betrieb gezogen, sondern sie zur Steigerung der Produktion verwendet. Im Maschi- nenbau machen die Löhne einen sehr großen Prozentsatz der Selbstkosten aus. Hier werden 20 000 Arbeiter allein für die Ausfuhr beschäftigt. Die Vergrößerung des Eigenkapitals betrug 12 Prozent. Die deutsche Industrie steht vor der Notwendigkeit, ihren Export zu heilern; nicht nur der Unter- nehmer hat aber die Verantwortung für die Wirtschaft, son- dern auch der Arbeiter. (Rufe bei den Soz.: Einverständnis!) Es ist ausgeschlossen, mit der deutschen Wirtschaft vorwärts zu kommen, wenn die Arbeiter nicht Führer allererster Klasse hat. Wie soll sie aber dazu kommen, wenn die Arbeiter- führer dazu die Art unserer Verteilung der Löhne und Arbeitsbedingungen jede Verantwortung angenommen wird? Die Lohnhöhe ist immer abhängig vom Stand der Produktion. Der Landwirtschaft müssen noch weitere steuerliche Er- leichterungen gewährt werden, sonst kann sie unmöglich die hohe Konkurrenz tragen.
Abg. Meyer-Berlin (Dem.) erklärt: Die Regierung habe ihre Verpflichtung in Bezug auf Beseitigung der wirtschafts- feindlichen Zerranten und Förderung des Handelsverkehrs- werkes nicht gehalten. Nicht ein autonomer Zoll sei ermäßigt, dagegen seien eine Reihe wichtiger Lebensmittelzölle erhöht worden. Die Wirtschaftspolitik werde in Deutschland nicht vom Reichswirtschaftsminister gemacht, sondern von einer Vielzahl von Stellen, die sich teilweise entgegenarbeiten. Der Reichsernährungsminister betätige sich fast ausschließlich als Geschäftsherr der Ankerhandelspolitik. Die Demokratische Partei lehnt diese Wirtschaftspolitik ab. Sie erblickt das Kernproblem in der Ermäßigung des Preisniveaus und in der Hebung der Ausfuhr.

Abg. Mauch (Wirtsh. Vp.) begrüßt die Schaffung des Reichs- kommissariats für das Handwerk. Wichtig sei aber vor allem eine Abstellung der Klagen des Handwerks darüber, daß bei der Vergabung von Aufträgen durch die Reichsstellen nicht nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten verfahren werde. Statt des Handwerks würden Großfirmen berücksichtigt, die schlechtbezahlte Heimarbeiter beschäftigen und die Preise drücken. Der Redner beantragt eine larellgerichtliche Nach- prüfung der vom Eisenratel geäußerten Eisenpreis- erhöhungen und eventuell die Nichtgültigkeitserklärung dieser Preisverhöhungen. Die Preisverhöhungen seien wegen der damit verbundenen Baukostenvermehrung eine Sabotage der Wohnungsapolitik.
Abg. Graf von Hentzenau (Nat.-Soz.) wendet sich gegen die Ministerrede. Die Auslaugung der deutschen Wirtschaft durch die Dames-Geschichte könne nicht bestritten werden durch den Hinweis auf die Vollständigkeit der deutschen Handels- bilanz in der Vorkriegszeit. Die Ministerrede sei eine Ab- lage an den Gedanken einer nationalen Wirtschaft gewesen.
Abg. Böhler (Dem.) fordert eine größere Einflußnahme des Reichswirtschaftsministeriums auf die Sozialpolitik. Dem Kleinhandel und dem gewerblichen Mittelstand sollte größerer Schutz vor der Preispolitik der Kartelle gewährt werden.
Abg. Rudolph (D. N.) wünscht stärkere Berücksichtigung des Handwerks bei der Vergabung behördlicher Aufträge. Mit der Landwirtschaft habe auch der gewerbliche Mittelstand auf dem Lande schwer zu leiden.
Darum wird die Beratung abgebrochen. Ohne An- sprache wird in allen drei Lesungen das Gesetz über die weitere Einmündigung der Bindung einzelner Länder und Gemein- den an die Steuerbeiträge bis 1. April 1923 angenom- men. Um 1/2 Uhr verläßt sich das Haus auf Dienstag 2 Uhr.

England lehnt Mussolinis Drohungen ab.

Die antehbare Haltung des Duce.
London, 5. März. Zur Rede Mussolinis über Südtirol, die in der gesamten Presse viel beachtet wird, schreibt Daily Express: Der faschistische Staat redet von Vor- teilen für diesen Falle die eroberten Provinzen, die von seinem Vorgänger erworben wurden, weist aber alle die Verpflichtungen zurück, die diese Vorteile bedingen. Eine solche Handlungsweise würde bei einer Einzelperson mit einem sehr deutlichen Namen bezeichnet werden. Die Änsichten über den Wert der italienischen Kriegsdrohuna als Antwort auf Reden werden verschieden sein. Mussolini gebrauchte diese Wendung so häufig, daß sie nicht mehr in demselben Grade als Drohung ansieht werden kann wie auf den Lippen eines anderen Staatsmannes. Mussolini kann eine Haltung, wie er sie jetzt gegenüber Menschen deutscher Rationalität an den Tag legt, nur deshalb annehmen, weil Deutschland trotz der vielen Friedensverträge entwaffnet gehalten wird, durch die Mussolini sich nicht für gebunden ansieht.
Daily Telegraph schreibt: Seipels Rede war zum großen Teil eine Art von Warnung an seine Landsleute gegen die übertriebene und notwendigerweise unfruchtbare Agitation in dieser Frage. Darauf in einer Sprache zu er- widern, die eine wenigstens unbestimmte Drohung ist, trägt in seiner Weise dazu bei, die moralische Stellung zu härten, deren Geltendmachung Mussolini den größeren Teil seiner An- sprache an die Kammer gewidmet hat. — Dieselbe Blatt veröffentlichen ein Schreiben des Besitzers eines in England viel geleierten Bundes über Südtirol, Dersford, in dem er sich schärft gegen einen früheren Letztwillen des Daily Telegraph wendet, der die Anforderungen der italieischen Regie- rung entschuldigend, die deutschen Einwohner von Südtirol mit Gewalt zu Italienern zu machen. Er betont, daß Deutsch-

Südtirol im Friedensvertrage trotz der leidenschaftlichen Pro- teste seiner Einwohner Italien durch einen Tauschhandel zu- gewiesen worden ist.
Pariser Kommentare.
Paris, 5. März. Die „Soleils“, das Blatt Gaikanz, polemisiert gegen die Drange der Rechten, die es bedauern, daß Poincaré wegen der effizienten autonomistischen Be- wegung Deutschland gegenüber nicht die gleiche Sprache führe wie Mussolini gegen Seipel.
Das sozialistische „Oeuvre“ ist der Auffassung, daß, wenn Mussolini die Brennergrenze als unüberlebar erklärt habe, er sich nicht an Deiterreich, sondern an Deutschland wende. Frankreich unterläge auch nicht die Wallonen gegen die Flamen in Belgien oder die Romanen gegen die Aleman- nen in der Schweiz. — Der nationalistische „Gaulois“ er- klärt, die klare und energische Sprache Mussolinis hätte dem Frieden besser gedient, als alle diplomatischen Verständig- ungsformen.
Der „Temps“ meint, die Rede Mussolinis richte sich, wenn auch über Deiterreich hinweg, an Deutschland. Sie sei eine feierliche Ermahnung an die Pangermanen, deren Untriebe eine künftige Gefahr für Europa bildeten.

Keine Antwort Seipels an Mussolini.

Berlin, 5. März. Die dem Berliner „Volkswächter“ aus Wien berichtet wird, werde Deiterreich die Diskussion mit Mussolini schließlich nicht fortsetzen, da es nicht in der Ab- sicht der österreichischen Regierung lag, mit Mussolini frucht- lose Debatten zu führen, sondern daß man in Wien vor allem die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Vorgänge in Südtirol lenken wolle.